

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Weltwirtschaft im Ölttest

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1974) : Weltwirtschaft im Ölttest, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 3, pp. 108-109

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134650>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Weltwirtschaft im Öltest

Nach der Überwindung des ersten Öl-Schocks beginnen sich nun einige Gefahren deutlicher abzuzeichnen, die der Weltwirtschaft bei einer Fortdauer der hohen Ölpreise drohen: große Leistungsbilanzdefizite der Verbraucherländer und damit verbunden eine weltweite Kaufkraftvernichtung; eine rasche Aufblähung des internationalen Kreditvolumens; starke Wechselkursänderungen und – als Folge davon – eine erhebliche Umorientierung und Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Hinzu kommen die nicht überschaubaren Risiken nationaler Alleingänge bei der Bewältigung dieser Probleme.

Geht man davon aus, daß die geltenden Ölpreise gehalten werden und daß 1974 mindestens so viel Öl wie im Vorjahr gefördert wird, dann dürften den erdölexportierenden Staaten in diesem Jahr Einkünfte von rund 100 Mrd. Dollar zufließen – nach nur 15 Mrd. Dollar 1972 und rund 30 Mrd. Dollar 1973. Für die kommenden Jahre ist mit ähnlichen Beträgen zu rechnen. Wie werden sie diese Mittel verwenden? Konkret: werden sie bereit und in der Lage sein, ihre Importe von Waren und Dienstleistungen aus den Verbraucherländern in entsprechendem Umfange zu steigern?

Eine für alle Förderländer gültige Antwort ist nicht möglich. Rund die Hälfte der Erlöse wird auf Länder mit hoher Bevölkerungszahl und ehrgeizigen Entwicklungszielen entfallen, die in der Vergangenheit ihre Deviseneinkünfte voll zur Importfinanzierung verwendet und zum Teil zusätzlich noch Auslandskredite in Anspruch genommen haben (Indonesien, Nigeria, Algerien, Iran, Venezuela). Zwar werden sie den überraschenden Reichtum wohl nicht sofort ganz ausgeben können, da er in den Entwicklungsplänen noch nicht berücksichtigt ist. Dennoch ist damit zu rechnen, daß dort allenfalls in diesem Jahr ein vorübergehender Liquiditätsüberschuß entsteht und daß danach die Importe den gestiegenen Einnahmen angepaßt werden. – Anders sieht es für Libyen, Saudi-Arabien, die Scheichtümer am Persischen Golf und Kuwait aus, denen die übrigen 50 Mrd. Dollar zufließen werden. Diese Länder mit geringer Bevölkerungszahl und traditionalistischer Sozialstruktur hatten schon in der Vergangenheit, bei weitaus geringeren Devisenerlösen, erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse. Da es ihnen trotz einiger geplanter Großprojekte kaum möglich sein dürfte, die Absorptionfähigkeit ihrer Volkswirtschaften für ausländische Waren kurzfristig stark zu erhöhen, werden diese Länder mittelfristig Überschüsse von jährlich 40–45 Mrd. Dollar erwirtschaften und damit die eigentlichen „Störenfriede“ im internationalen Wirtschaftssystem sein.

In einem geschlossenen weltwirtschaftlichen System entsprechen den Leistungsbilanzüberschüssen der Erzeugerländer nämlich notwendigerweise Defizite anderer Volkswirtschaften. Diese Defizite könnten einmal in den Entwicklungsländern entstehen. In der Tat rechnet die OECD mit einer Steigerung der Ölausgaben dieser Länder um rund 10 Mrd. Dollar – ein Betrag, der gleich ist der gesamten Entwicklungshilfe. Bei ihrer notorischen Devisenknappheit sind die Entwicklungsländer jedoch nicht in der Lage, (zusätzliche) Leistungsbilanzdefizite dieser Größenordnung zu finanzieren. In erster Annäherung kann man vielmehr unterstellen, daß sich ihre Zahlungsbilanzposition insgesamt kaum ändern wird. Daraus folgt einmal, daß die Entwicklungsländer, wenn ihnen nicht rasch Hilfe zuteil wird, ihre Ölimporte und/oder andere für den Wachstumsprozeß oder die laufende Ver-

sorgung der Bevölkerung wichtige Einfuhren drosseln müssen – mit allen Konsequenzen, die sich daraus gerade für die ärmsten Staaten ergeben. Zum anderen wird deutlich, daß der Leistungsbilanzüberschuß der Erdölstaaten sich in voller Höhe in Leistungsbilanzdefiziten der Industrieländer niederschlagen wird, und zwar entweder in Form von (wertmäßigen) Mehrimporten aus Ölländern oder in Minderexporten nach Entwicklungsländern.

Das Leistungsbilanzdefizit der Gruppe der Industrieländer wird demnach – wenn es nicht zu einer erheblichen Ölpreissenkung kommt – ebenfalls in der Größenordnung von 40–45 Mrd. Dollar liegen. In diesem Umfang findet eine Realeinkommensumverteilung statt. Zugleich kommt es ceteris paribus zu einem Nachfrageausfall gleicher Höhe, da die transferierten Mittel in den genannten Erdölstaaten ja gespart werden. Dieser Nachfrageausfall, so riesig er sich auf den ersten Blick ausnimmt, beläuft sich für die Industrieländer insgesamt auf (nur) zwei Prozent des Bruttosozialprodukts und hält sich damit durchaus im Rahmen der Schwankungen, denen die Volkswirtschaften im Konjunkturverlauf regelmäßig ausgesetzt sind. In einzelnen Ländern und für bestimmte Branchen kann er allerdings durchaus höher sein und sich überdies durch Multiplikatoreffekte noch potenzieren. In der sehr labilen weltwirtschaftlichen Situation wird es vor allem darauf ankommen, daß alle Länder auf den letztlich selbstmörderischen Versuch verzichten, ihre internen Beschäftigungsprobleme durch Wechselkursdumping, Importbeschränkungen und/oder eine gezielte Forcierung des Exports auf andere Länder abzuwälzen.

Tatsächlich haben sich alle bedeutenden Welthandelsländer bisher kooperativ gezeigt. Hervorzuheben ist besonders, daß Frankreich nach dem Übergang zum Floating keinen Versuch gemacht hat, den damit gewonnenen Wettbewerbsspielraum voll auszuschöpfen. Vielmehr hat es, ebenso wie Großbritannien, Italien und andere Länder, erhebliche Kredite am Euromarkt aufgenommen, um den Kurs seiner Währung zu stützen. Eine solche Politik entspricht einerseits den derzeitigen ökonomischen Erfordernissen: Da Öl in den Industrieländern kurzfristig nur beschränkt substituierbar ist und umgekehrt auch die arabischen Überschußländer wegen ihrer geringen Absorptionsfähigkeit kurzfristig kaum auf Preisanreize bei Importprodukten reagieren, bedürfte es eines überaus starken Kursrückgangs der europäischen Valuten, um das Leistungsbilanzdefizit gegenüber dem arabischen Raum abzubauen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß eine Verschuldung der Verbraucherländer (Industrie- und Entwicklungsländer) gegenüber den Arabern mit einer Jahresrate von 40 Mrd. Dollar sich nicht lange fortsetzen läßt, wenn das internationale Finanzsystem nicht plötzlich in einer weltweiten Vertrauenskrise zusammenbrechen soll. Bereits heute ist dieses System durch die rapide Zunahme der Ausleihungen an zweit- und drittklassige öffentliche und private Schuldner recht krisenanfällig geworden.

Ist der Finanzmitteltransfer von den Erzeuger- zu den Verbraucherländern – über den Markt oder über neu zu schaffende Finanzorganisationen und Finanzierungsinstrumente – eine Methode, um kurzfristig Liquiditätsungleichgewichte zu beseitigen, so bedarf es mittel- und langfristig der Bereitschaft aller Staaten, den Strukturwandel hinzunehmen, der durch die Änderung der Preisrelationen zwischen Erdöl und anderen Produkten induziert wird. Dieser Strukturwandel findet einmal statt im Verhältnis zwischen den Öl-Erzeugerländern und den Verbraucherländern. Hier werden sich neue Wechselkursrelationen herausbilden, die der Abhängigkeit der einzelnen Länder vom Öl und ihrer Fähigkeit, die (Öl-)Einfuhren durch (Kapitalgüter-)Exporte bezahlen zu können, Rechnung tragen. Die Veränderung der Kursrelationen gegenüber den Ölländern impliziert zugleich Verschiebungen in den Kursrelationen zwischen den Verbraucherländern, die zu einer Neuorientierung der Absatz- und Produktionsstrukturen führen müssen.

Es wird darauf ankommen, daß dieser Strukturwandel zwar kanalisiert, aber nicht gehemmt wird. Für die Bundesrepublik folgt daraus, daß sie bereit sein muß, im Interesse eines internationalen (Öl-)Lastenausgleichs, aber auch im eigenen langfristigen Wachstums- und Stabilitätsinteresse, einem möglichen Aufwertungseffekt der DM zuzustimmen. Der Abbau der Kapitalverkehrskontrollen deutet darauf hin, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen bereit sind, diese Konsequenz zu akzeptieren.